



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Gerd Mannes, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)**

Endlagerproblematik entschärfen, grundlastfähige Energieversorgung sichern – Rechtsgrundlage zum Bau kleiner modularer Reaktoren (SMR) schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Schaffung einer Rechtsgrundlage zum Bau neuer Kernkraftwerke einzusetzen. Das Atomgesetz ist in diesem Zusammenhang dahingehend zu ändern, dass in Deutschland Entwicklung und Bau neuer Kernreaktoren wieder ermöglicht werden.

Damit verbunden wird die Staatsregierung aufgefordert, in Kooperation mit der Energiewirtschaft ein Gremium zur Entwicklung möglicher Betreibermodelle für neue Kernreaktoren zu bilden.

Begründung:

Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat öffentlich ein Pilotprojekt für den Bau eines „Small Modular Reactor“ (SMR) in Bayern gefordert. „Kernenergie 2.0 bedeutet kein Zurück zu alter Technik, sondern ein neues Kapitel ohne die früheren Gefahren“, so die Aussage des Ministerpräsidenten. Neben modularen Kleinreaktoren sowie der Kernfusion forderte er auch die Nutzung von Atommüll als Brennstoff, was die Endlagerproblematik entschärfen könne. Diesen sehr konkreten Ankündigungen des Ministerpräsidenten sind jedoch bislang keine Taten gefolgt. Die Staatsregierung hat vielmehr zugegeben, keinerlei Ausbauziele zu verfolgen, weil hierfür der erforderliche Rechtsrahmen fehle (siehe hierzu die Anfrage zum Plenum des Abgeordneten Gerd Mannes vom 12. März 2026):

„Unabhängig von technologischen Gesichtspunkten stellt sich die Frage einer konkreten Nutzung sog. Small Modular Reactors zur Erzeugung elektrischer Energie für die öffentliche Versorgung leider nicht, solange die einschlägigen bundesgesetzlichen Regelungen die Nutzung der Kernkraft für Zwecke der energiewirtschaftlichen Nutzung ausschließen. Konkrete Pläne hinsichtlich Ausbauzielen, Reaktortypen oder Forschungsaktivitäten bestehen daher nicht.“

Die Staatsregierung hat bisher keine Schritte unternommen, um den erforderlichen Rechtsrahmen auf Bundesebene zu erwirken. Vor diesem Hintergrund erscheinen die Vorschläge des Ministerpräsidenten vollkommen unglaubwürdig. Die Staatsregierung muss sich daher umgehend für eine Änderung des Atomgesetzes einsetzen. Das Bundesgesetz ist dahingehend zu ändern, dass sowohl die Entwicklung als auch der Bau neuer Kernreaktoren wieder ermöglicht werden. Zusätzlich muss in enger Zusammenarbeit mit der Energiewirtschaft eine Kommission zur Entwicklung möglicher Betreibermodelle für neue Kernreaktoren gebildet werden.